

# Neue Zürcher Zeitung

## Magerer Erfolg für Frankreichs Gefängniswärter

*Die Regierung hat den Aufsehern Zugeständnisse gemacht — doch die Missstände in den Haftanstalten bleiben gross*

NIKOSTZERMIAS, PARIS

Es ist der französischen Regierung und Justizministerin Nicole Belloubet vorerst gelungen, die Bilder brennender Autoreifen und Barrikaden vor Haftanstalten im ganzen Land von den Fernsehbildschirmen zu verbannen. Die zunehmend besorgniserregende Protestwelle der Gefängniswärter, die vergangene Woche mehr als die Hälfte der landesweit 188 Haftanstalten blockierten, ist gebrochen. Die Aufseher hatten aus Wut über die Missstände im Strafvollzug zugleich Streikaktionen durchgeführt. Sie sorgten dafür, dass Häftlinge ihre Zellen nicht verlassen durften und von Angehörigen nicht mehr besucht werden konnten.

### Mehr Sicherheit und Lohn

Die Justizministerin hatte den protestierenden Beamten einerseits Sanktionen wegen des missachteten Streikverbots angedroht, andererseits versprochen sie aber auch mehr Plätze, Sicherheit und Personal sowie mehr Lohn. Die Protestwelle nahm ihren Anfang am 11. Januar in der Strafanstalt von Vendin-le-Vieil im Norden des Landes, wo ein gefährlicher islamistischer Terrorist vier Wärter mit einer Schere und einer Rasierklinge angegriffen und verletzt hatte. In den folgenden Tagen griffen Häftlinge auch noch in anderen Gefängnissen Wärter an, die zum Teil hospitalisiert werden mussten. Die Gewerkschaften der Aufseher forderten darauf nicht nur wirksamen Schutz vor gewalttätigen Häftlingen, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen.

Die Regierung hat nun konkret die Schaffung von 1500 Gefängnisplätzen für gefährlich radikalisierte Insassen in isolierten Abteilungen sowie neue Ausrüstungen für die Sicherheit wie bessere Alarmanrichtungen und kugelsichere Westen versprochen. Zudem sollen bis 2021 insgesamt 1100 zusätzliche Aufseher eingestellt werden, und die jährlichen Bonuszahlungen für die Wärter, deren Netto-Mindestlohn niedrige 1150 Euro beträgt, sollen von 400 auf 1400 Euro erhöht werden.

### Gespaltene Gewerkschaften

Die führende Gewerkschaft UFAP-UNSA, die rund 40 Prozent des Gefängnispersonals vertritt, nahm das Angebot der Regierung sofort an. Die zwei anderen, weiter links stehenden Gewerkschaften FO und CGT lehnten den Plan zwar ab, unterbrachen jedoch den Streik. Das allerdings nur, um über andere Protestformen nachzudenken wie etwa die Blockierung von Gerichten. Der Konflikt dürfte mithin noch nicht beigelegt sein. Dies umso mehr, als die angekündigten Massnahmen die gravierenden Missstände in den Haftanstalten kaum beseitigen dürften.

Präsident Emmanuel Macron versprach kürzlich, einen Plan zur «tiefgreifenden Modernisierung» des Strafvollzugs bis Ende Februar vorzulegen. Baldige Remedur ist dringend, da die Überbelegung und Überalterung der Gefängnisse sowie die schlechten Arbeitsbedingungen der Aufseher ein jahrzehntealtes Problem darstellen. Macron hatte zwar bereits im Wahlkampf 15 000 zusätzliche Gefängnisplätze versprochen, doch verabschiedete auch seine Regierungsmehrheit ein Budget für 2018, das laut einem Bericht des liberalen Wirtschaftsinstituts Ifrap die Krise im Gefängniswesen einmal mehr vernachlässigt.

Ifrap empfiehlt der Regierung, einen Teil der Aufgaben des Personals wie etwa in Grossbritannien an günstiger operierende private Gesellschaften auszulagern. So könnten sich die beamteten Wärter auf die Bewachung gefährlicher Insassen konzentrieren.